



Liquiditätshilfen für Bauern: Warum die Agrarpolitik die Krise nur vertagt

Ute Pappelbaum

Die Landwirtschaftliche Rentenbank öffnet ihr Liquiditätssicherungsprogramm und stellt gemeinsam mit dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) ein Sonderprogramm über 200 Millionen Euro bereit. Hintergrund sind die stark gestiegenen Kosten für Diesel, Energie und Düngemittel infolge der Eskalation im Nahen Osten und der Blockade der Straße von Hormus. Für viele Betriebe geht es kurzfristig um nichts weniger als die Sicherung ihrer Zahlungsfähigkeit. Doch genau darin liegt die eigentliche wirtschaftspolitische Bruchlinie: Die neuen Kredite stabilisieren Liquidität, lösen aber nicht das strukturelle Kostenproblem der Landwirtschaft.

Rentenbank öffnet Liquiditätssicherungsprogramm für Betriebe

Ab dem 1. Juni 2026 können landwirtschaftliche Betriebe verbilligte Darlehen beantragen. Bis zu 50.000 Euro sollen ohne gesonderten Nachweis eines Liquiditätsengpasses vergeben werden. Höhere Summen bis maximal 500.000 Euro sind möglich und orientieren sich an der bewirtschafteten Fläche. Die Kredite laufen über drei Jahre und werden über die neue Kondition „LR-Soforthilfe“ mit zusätzlicher Zinsvergünstigung ausgestattet. Die Finanzierung erfolgt aus Eigenmitteln der Rentenbank. Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer spricht von einem „zusätzlichen Sicherheitsnetz“ für die Landwirtschaft. Die Bundesregierung wolle

verhindern, dass steigende Betriebsmittelkosten zu akuten Finanzierungsausfällen führen.

Die Landwirtschaft gerät immer stärker unter geopolitischen Kostendruck

Die aktuelle Krise zeigt, wie eng die Landwirtschaft inzwischen mit globalen Energie- und Rohstoffmärkten verflochten ist. Steigende Öl- und Gaspreise verteuern nicht nur Agrardiesel, sondern unmittelbar auch die Produktion von Stickstoffdüngern. Damit wird sichtbar, dass landwirtschaftliche Produktion wirtschaftlich längst Teil eines hochgradig globalisierten Vorleistungssystems ist. Externe Schocks schlagen heute wesentlich schneller und unmittelbarer auf die Höfe durch als noch vor wenigen

Jahrzehnten. Der Konflikt im Nahen Osten wirkt dabei wie ein Verstärker bereits bestehender struktureller Risiken. Viele Betriebe verfügen über geringe Margen und nur begrenzte finanzielle Reserven, während die Volatilität auf Energie- und Rohstoffmärkten zunimmt.

Bauernverband kritisiert reine Kreditlogik

Der Deutsche Bauernverband begrüßt die schnelle Öffnung des Programms grundsätzlich. Präsident Joachim Rukwied formuliert jedoch gleichzeitig eine deutliche Warnung: Liquiditätskredite seien lediglich kurzfristige Überbrückungen und verschoben die wirtschaftlichen Probleme in die Zukunft. Genau diese Kritik trifft den Kern der aktuellen Debatte. Kredite stabilisieren kurzfristig Zahlungsfähigkeit, erhöhen langfristig aber die finanzielle Belastung der Betriebe. Die zusätzlichen Kosten für Diesel, Düngemittel und Betriebsmittel könnten von vielen Höfen am Markt nicht erwirtschaftet werden. Rukwied verweist deshalb auf milliarden schwere Mehrbelastungen für die heimische Landwirtschaft und fordert strukturelle Reformen statt permanenter Kriseninterventionen. Die steuerliche Risikorücklage wird zum ordnungspolitischen Streitpunkt. Besonders aufschlussreich ist die Forderung des Bauernverbands nach einer steuerlichen Risikorücklage. Dahinter steckt ein anderer wirtschaftspolitischer Ansatz als bei staatlich gestützten Liquiditätshilfen. Betriebe sollen in wirtschaftlich guten Jahren steuerbegünstigt Rücklagen bilden können, um Krisenzeiten eigenständig zu überbrücken. Das würde Risiko wieder stärker in die betriebliche Eigenverantwortung zurückführen und die Abhängigkeit von kurzfristigen Staatshilfen reduzieren. Die Bundesregierung setzt derzeit dagegen vor allem auf kurzfristige Stabilisierung über Kredite, Steuererleichterungen und Förderinstrumente. Damit verschiebt sich die Funktion der Agrarpolitik zunehmend von klassischer Marktordnung hin zu permanenter Krisenabsicherung.

Die Landwirtschaft wird schrittweise zum strategisch abgesicherten Sektor

Die Entwicklung reicht weit über das aktuelle Sonderprogramm hinaus. Je häufiger geopolitische Krisen, Energiepreisschocks und volatile Rohstoffmärkte staatliche Eingriffe erforderlich machen, desto stärker verändert sich die Logik der Landwirtschaft. Versorgungssicherheit wird zunehmend sicherheits- und energiepolitisch definiert. Landwirtschaft erscheint damit immer weniger als klassischer

Wettbewerbssektor und immer stärker als systemrelevanter Infrastrukturbereich, dessen Stabilität politisch abgesichert werden muss. Das erhöht kurzfristig die Widerstandsfähigkeit der Betriebe. Langfristig wächst jedoch die Abhängigkeit der Branche von staatlicher Krisenpolitik und fiskalischer Unterstützung. Die eigentliche Botschaft der aktuellen Debatte lautet deshalb nicht, dass die Landwirtschaft mehr Kredite braucht. Sie lautet, dass das bisherige Risikomodell der Agrarwirtschaft unter den Bedingungen globaler Krisen zunehmend an seine Grenzen stößt.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4949737/liquiditaetshilfen-bauern-rentenbank-agrarkrise/>